

# EU-MONITORING

## EU-Monitoring N° 4

April 2022

### IM FOKUS

Europatag 2022

### EUROPÄISCHE UNION

#### INSTITUTIONEN

Europäische Kommission | Europäischer Rat

Rat der EU | Europäisches Parlament

#### INSTRUMENTE

Konferenz zur Zukunft Europas

Kindergarantie | Strategie für die Rechte des Kindes

Europäische Strategie zur Pflege und Betreuung

Europäisches Jahr der Jugend

### EUROPARAT

### AKTUELLE THEMEN

Kinder & Jugendliche | Ältere Menschen & Pflege

Gleichstellung der Geschlechter | Geschlechtsbezogene Gewalt

LGBTIQ\* | UN Agenda 2030

### FILMEMPFEHLUNG

Notes from Brussels. Three Women in Pursuit of their European Dream

## 1 Im Fokus: Europatag

Am 9. Mai 1950 hielt der damalige französische Außenminister Robert Schuman in Paris eine Rede, in der er seine Vorstellung von einer neuen Form der politischen Zusammenarbeit in Europa erläuterte, den sogenannten Schuman-Plan. Die daraus entstandene Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) legte den Grundstein für die Europäischen Gemeinschaften und damit heutige Europäische Union. Seit 1985 wird der Tag als Europatag gefeiert.

- Die **Europäische Kommission** hat auf der Webseite [Europatag](#) (de) eine Übersicht der Angebote der EU-Institutionen zum Europatag sowie weitere Informationen zusammengestellt.
- Die **Vertretung der Europäischen Kommission** und **das Verbindungsbüro des Europäischen Parlaments** in Deutschland haben ebenfalls eine Vielzahl an [Veranstaltungen](#) (de) durchgeführt.
- Auf dem [Internetauftritt der Berliner Europawoche](#) (de) finden sich nach wie vor die Highlights der Veranstaltungen im Rahmen der Themenwoche.

## 2 Europäische Union

### 2.1 Institutionen

#### 2.1.1 Europäische Kommission

- Die **Generaldirektion Justiz und Verbraucher** der Kommission hat bereits im März den [Bericht über die Unionbürgerschaft 2020. Stärkung der Bürgerteilhabe und Schutz der Bürgerrechte](#) (de) veröffentlicht. Darin wird die Bedeutung und Einzigartigkeit der Unionsbürgerschaft und der damit einhergehenden Rechte wie Freizügigkeit, dem Recht auf konsularischen Schutz sowie die politischen und demokratischen Rechte hervorgehoben.
- Die Kommission hat am 27. April einen [Richtlinienvorschlag zum Schutz von Personen, die sich öffentlich beteiligen, vor offenkundig unbegründeten oder missbräuchlichen Gerichtsverfahren \(„strategische Klagen gegen öffentliche Beteiligung“\)](#) (de) an das Europäische Parlament und den Rat übermittelt. „SLAPP-Klagen“ (*Strategic Lawsuits Against Public Participation*) werden vorrangig gegen Journalist\*innen und Menschenrechtsaktivist\*innen eingesetzt, um ihre Äußerungen zu verhindern oder zu sanktionieren. Die Richtlinie soll entsprechend insbesondere Journalist\*innen und Personen oder Organisationen schützen, die sich beispielweise für Umwelt- und Klimarechte, Frauenrechte, Rechte von LGBTIQ\*-Personen oder Rechte von Angehörigen einer ethnischen

Minderheit einsetzen. [Zusammenfassung](#) (de) der einzelnen vorgeschlagenen Maßnahmen der Kommission.

## „Union der Gleichheit“

- Bereits in den [politischen Leitlinien ihrer künftigen Kommission 2019–2024](#) (de) prägte Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen im November 2019 den Begriff „**Union der Gleichheit**“. Die Beobachtungsstelle stellt in ihrer [Fokausgabe des EU-Monitorings](#) (de) diese Idee und ihr zugrundeliegende politische Initiativen, insbesondere die Strategien für die Gleichstellung der Geschlechter 2020–2025 und für die Gleichstellung von LGBTIQ-Personen 2020–2025 vor.

### 2.1.2 Europäischer Rat

- Das nächste offizielle Treffen des Europäischen Rates findet am 23. und 24. Juni statt: weitere Informationen werden vorab [hier](#) (de) veröffentlicht.

### 2.1.3 Rat der EU

- Der **Rat der EU** und das  $\Rightarrow$  **Europäische Parlament** haben sich am 23. April vorläufig auf ein europäisches [Gesetz über digitale Dienste](#) (de) geeinigt. Das Gesetz sieht eine europaweit einheitliche Regulierung von illegalen Inhalten im Netz vor, zu denen insbesondere Hassrede und Hetze sowie rechtswidrige diskriminierende Inhalte zählen, von denen Frauen besonders betroffen sind. Das Gesetz über digitale Dienste verpflichtet Plattformen unter anderem dazu, illegale Inhalte nach deren Meldung schneller zu löschen (innerhalb von 24 Stunden) und zu mehr Transparenz bei Löschungen und Algorithmen.<sup>1</sup> Die erzielte vorläufige Einigung muss noch vom Rat und vom Europäischen Parlament gebilligt werden. Aufseiten des Rates bedarf die vorläufige politische Einigung der Billigung durch den Ausschuss der Ständigen Vertreter (AStV), bevor die formellen Schritte des Annahmeverfahrens durchlaufen werden.

---

<sup>1</sup> Deutschland hatte mit dem [Netzwerkdurchsetzungsgesetz](#) (NetzDG) (de) bereits 2017 ein Gesetz zur schnelleren Rechtsdurchsetzung gegen Hasskriminalität im digitalen Raum eingeführt und war damit im EU-Vergleich einen Sonderweg gegangen. Die Vereinbarkeit des stark regulierenden NetzDG mit EU-Recht stand seitdem immer in Frage.

## 2.1.3.1 Französische Ratspräsidentschaft (1. Januar bis 30. Juni 2022)

Mit dem Beginn der französischen EU-Ratspräsidentschaft am 1. Januar 2022 beginnt die Trio-Präsidentschaft Frankreich–Tschechische Republik–Schweden. Die konkreten gesellschaftspolitischen Vorhaben der französischen Ratspräsidentschaft und der Trio-Präsidentschaft sind in der Fokausgabe des EU-Monitorings zur [EU-Ratspräsidentschaft](#) (de) zusammengefasst.

- **Veranstaltungshinweise:**
  - Tagung zum Thema [Die neuen Herausforderungen für den Kampf gegen Diskriminierung in Europa: Welche Rolle kommt den Organisationen zur Förderung der Gleichberechtigung zu?](#) (de) am 2./3. Juni.
  - Seminar zum Thema [Gewalt gegen Frauen – Antworten der opferorientierten Justiz](#) (de) am 9. Juni.
  - Tagung zum Thema [Junge Menschen gestalten ihr lebendiges Europa mit](#) (de) am 9./10. Juni.

## 2.1.3.2 Rat der Europäischen Union für Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz (EPSCO)

Das nächste offizielle Treffen des EPSCO-Rates findet am 16. und 17. Juni statt: Weitere Informationen werden vorab [hier](#) (de) veröffentlicht.

## 2.1.4 Europäisches Parlament

Das Europäische Parlament trat vom 2. bis 5. Mai zur Plenartagung zusammen: [Tagesordnung](#) (de/en).

- Die Abgeordneten nahmen am 3. Mai einen [legislativen Initiativbericht zu dem Vorschlag für eine Verordnung des Rates über die allgemeine unmittelbare Wahl der Mitglieder des Europäischen Parlaments](#) (de) an, der eine **Überarbeitung der Vorschriften für die Europawahl** anstößt. Um die Wahl einfach zu gestalten, werden unter anderem folgende Vorschläge gemacht:
  - Zweistimmensystem: eine Stimme für die Wahl der Abgeordneten in den Wahlkreisen der Mitgliedstaaten und eine weitere für einen EU-weiten Wahlkreis, in dem 28 zusätzliche Sitze vergeben werden,
  - verbindliche Listen nach dem Reißverschlussystem (d. h. abwechselnd weibliche und männliche Kandidaten) oder Quoten,
  - 9. Mai als europaweiter einheitlicher Wahltag,
  - Recht der Bürger\*innen, den/die Kommissionspräsident\*in nach dem Spitzenkandidatensystem über eine EU-weite Listen zu wählen und

- Einrichtung einer Europäischen Wahlbehörde, die das Verfahren überwacht.

**Nächste Schritte:** Die Gesetzesinitiative müsste von Parlament und Rat einstimmig angenommen werden. Die Verhandlungen mit dem Rat beginnen, sobald die Mitgliedstaaten ihre Standpunkte festgelegt haben.

[Weitere Informationen](#) (de) des Europäischen Parlaments, [Briefing](#) (en) des wissenschaftlichen Diensts des Europäischen Parlaments.

- Am 4. Mai nahmen die Abgeordneten eine [Entschließung zu den Folgemaßnahmen zu der Konferenz zur Zukunft Europas](#) (de) an. Die Abgeordneten erkennen an, dass die „ambitionierten und konstruktiven Vorschläge“ der Konferenz zur Zukunft Europas Vertragsänderungen erfordern: siehe hierzu auch [Konferenz zur Zukunft Europas](#). Um diese Änderungen zu diskutieren, fordert das Parlament den Ausschuss für konstitutionelle Fragen (AFCO) auf, das in [Artikel 48 des Vertrags über die Europäische Union](#) (de) vorgesehene Verfahren zur Änderung der Verträge entsprechend einzuleiten. Der erste Schritt des Verfahrens sieht die Einberufung eines Konvents vor (Absatz 4, Artikel 48 AEUV).
- Die Abgeordneten nahmen am 5. Mai eine [Entschließung zu den laufenden Anhörungen gemäß Artikel 7 Absatz 1 EUV zu Polen und Ungarn](#) (de) an. Die Abgeordneten begrüßen, dass die [französische Präsidentschaft](#) die Anhörungen gemäß Artikel 7 Absatz 1 des Vertrags fortgesetzt hat, fordern den [Rat](#) jedoch nachdrücklich dazu auf, sich sichtbar zu engagieren und deutliche Fortschritte zum Schutz der europäischen Werte zu erzielen. Die [Kommission](#) habe zwar den Mechanismus zur Rechtsstaatskonditionalität für Ungarn im April erstmals aktiviert, jedoch nach wie vor nicht im Falle Polens gehandelt. Die Abgeordneten fordern, dass die nationalen Aufbau- und Resilienzpläne Polens und Ungarns erst bewilligt werden, wenn die beiden Länder alle Empfehlungen im Rahmen des Europäischen Semesters im Bereich Rechtsstaatlichkeit sowie relevante Gerichtsurteile des Europäischen Gerichtshofs umgesetzt haben. [Weitere Informationen](#) (en) des Europäischen Parlaments.

Die nächste Plenarsitzung findet am 18. und 19. Mai statt: [Tagesordnung](#) (de/en). Hier wird insbesondere der [Bericht über die Rechtsstaatlichkeit 2021](#) (de) der Europäischen Kommission [aus Sicht des Parlaments](#) (en) diskutiert. Im Juni finden vom 6.-9. und am 22./23. Plenarsitzungen statt.

## 2.1.4.1 Ausschuss für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter (FEMM-Ausschuss)

- Am 22. März prüfte der **FEMM-Ausschuss** den Berichtsentwurf [Intersectional discrimination in the European Union: the socio-economic situation of women of African, Middle-Eastern, Latin-American and Asian descent](#) (en). Im Fokus der Untersuchung steht die sozioökonomische Situation von Frauen mit afrikanischer, lateinamerikanischer, asiatischer und nahöstlicher Herkunft. Da die Lebensrealitäten von in der EU geborenen und aufgewachsenen Menschen der zweiten und dritten Generation häufig nur wenig Beachtung finden und diese Personengruppen besonders gefährdet sind, wird in dem Entwurf unter anderem zu gezielten Maßnahmen zur Bekämpfung intersektionaler Formen von Diskriminierung sowie zu Maßnahmen der detaillierten Datenerhebungen, einschließlich Gender und ethnischer Herkunft, aufgerufen.
- Der im FEMM-Ausschuss bereits im März angenommene Entwurf für eine [Entscheidung zur Förderung der wirtschaftlichen Unabhängigkeit von Frauen durch Unternehmertum und Selbstständigkeit](#) (de) wurde am 3. Mai von den Abgeordneten im Plenum ebenfalls angenommen.

## 2.2 Instrumente

### 2.2.1 Konferenz zur Zukunft Europas

Zu Beginn ihrer Amtszeit kündigte Kommissionspräsidentin von der Leyen an, die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an der EU-Politik im Rahmen einer Konferenz zur Zukunft Europas stärken zu wollen. Der Prozess startete am 9. Mai 2021 und soll voraussichtlich in der ersten Hälfte 2022 in Form einer Abschlusskonferenz mit konkreten Ergebnissen enden. Wichtigstes Element sind die Europäischen Bürgerforen, bei denen eine repräsentative Anzahl und Zusammensetzung von Bürgerinnen und Bürgern zu konkreten Themen beraten. Informationsgrafiken zum [Ablauf](#) der Konferenz sowie [provisorische Terminliste](#) (alle en).

- Die **Abschlussveranstaltung** der Konferenz zur Zukunft Europas wurde ein Jahr nach dem Auftakt am 9. Mai 2022 abgehalten. Auf Grundlage der Beiträge von Bürger\*innen wurden im vergangenen Jahr im Rahmen verschiedener Veranstaltungen und Bürger- und Fachforen mit Unterstützung von Expert\*innen-Gruppen 49 Vorschläge ausgearbeitet. Diese Vorschläge werden nun der Präsidentin des Europäischen Parlaments Roberta Metsola, der Präsidentin der Europäischen Kommission Ursula von der Leyen und dem Präsidenten der Französischen Republik Emmanuel Macron für den Rat übermittelt. Ein [Videomitschnitt](#) (de) des Festakts ist auf YouTube über Phoenix verfügbar. [Bericht über das endgültige Ergebnis](#) (de), [weitere Informationen](#) (de) auf der [Webseite der Konferenz](#) (de).

- Das  $\Rightarrow$  **Europäische Parlament** forderte bereits nach Veröffentlichung der 49 Forderungen auf seiner Plenarsitzung Anfang Mai das in [Artikel 48 des Vertrags über die Europäische Union \(de\)](#) vorgesehene Verfahren zur Änderung der Verträge einzuleiten, um den Forderungen gerecht werden zu können.

## 2.2.2 Kindergarantie

Ziel einer europaweiten [Kindergarantie \(en\)](#) ist die Bekämpfung von Kinderarmut durch die Gewährleistung des Zugangs aller Kinder in Europa zu qualitativ hochwertigen Dienstleistungen in fünf Bereichen: frühkindliche Bildung und Entwicklung, Bildung, Gesundheit, Ernährung und Wohnen. Die [Empfehlung zur Einführung einer Europäischen Garantie für Kinder \(de\)](#) wurde am 14. Juni 2021 durch die EU-Mitgliedstaaten im  $\Rightarrow$  [EPSCO-Rat](#) angenommen. Die Mitgliedstaaten wurden aufgerufen eine\*n nationale\*n Koordinator\*in für die Kindergarantie zu benennen und der Europäischen Kommission innerhalb von neun Monaten nach Annahme der Empfehlung einen Aktionsplan für den Zeitraum bis 2030 vorzulegen, mit dem diese Empfehlung umgesetzt wird. Im März 2022 hat die Europäische Kommission eine [Liste nationaler Koordinator\\*innen \(en\)](#) veröffentlicht. Aktionspläne wurden bisher von Belgien, Dänemark, Estland, Finnland, Frankreich, Italien, Niederlande und Schweden auf der [Webseite der Kommission zur Kindergarantie \(en\)](#) veröffentlicht (Stand: 12.05.2022). Weitere Informationen finden sich auf der [Webseite der Beobachtungsstelle \(de\)](#).

- **UNICEF** hat zur seit Sommer 2020 laufenden [Phase 3 der Machbarkeitsstudie zur Kindergarantie \(en\)](#) im April ein [programmatisches Update \(en\)](#) veröffentlicht. In dieser Phase, die UNICEF für die EU umsetzt, werden innovative Ansätze zur Bekämpfung von Kinderarmut in sieben Pilotstaaten getestet. Bis auf Italien wurden bereits alle Analysen der beteiligten Mitgliedstaaten veröffentlicht. Die Phase 3 soll diesen Sommer abgeschlossen werden.
- Das **Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend** hat am 5./6. Mai digital ein [Kick-Off-Event zum Nationalen Aktionsplan „Neue Chancen für Kinder in Deutschland“ \(de\)](#) durchgeführt. Die Veranstaltung hatte zum Ziel, der Analyse der Ausgangslage in Deutschland sowie dem gemeinsamen Austausch zu den Zielen und zur Umsetzung des Aktionsplans einen Rahmen zu bieten. So fanden beispielsweise am zweiten Tag acht Fachforen statt, in denen gemeinsam Handlungsempfehlungen für den Aktionsplan erarbeitet werden konnten. Weitere Informationen: [Pressemitteilung des BMFSFJ \(de\)](#)

Zur Umsetzung der Europäischen Kindergarantie wurde am 5. Mai die Parlamentarische Staatssekretärin Ekin Deligöz im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend als nationale Koordinatorin benannt ([Aktuelle Meldung des BMFSFJ, de](#)).

## 2.2.3 Strategie für die Rechte des Kindes

Die Kommission hat am 24. März 2021 die erste umfassende [EU-Kinderrechtsstrategie](#) (de) angenommen. Diese enthält sechs Themenbereiche und dazugehörige Maßnahmen: 1. Kinder als Akteure des Wandels im demokratischen Leben, 2. Recht der Kinder, ihr Potenzial unabhängig von ihrem sozialen Hintergrund voll auszuschöpfen (Kindergarantie), 3. Recht der Kinder auf Gewaltfreiheit, 4. Recht von Kindern auf eine kindgerechte Justiz als Opfer, Zeugen, Verdächtige, Angeklagte oder Partei eines Gerichtsverfahrens, 5. Recht der Kinder auf Sicherheit im digitalen Umfeld und auf Nutzung der sich dort bietenden Chancen, 6. Weltweites Eintreten für die Rechte von Kindern.

- Die **Agentur der Europäischen Union für Grundrechte** (FRA) hat die Neuauflage des Praxisleitfadens [Handbook on European law relating to the rights](#) (en) veröffentlicht. Das Handbuch soll unter anderem Angehörigen der Rechtsberufe sowie Organisationen als Hilfestellung dienen, die mit rechtlichen Fragen auf dem Gebiet der Kinderrechte konfrontiert sind.

## 2.2.4 Europäische Strategie zur Pflege und Betreuung

Im [Arbeitsprogramm der Europäischen Kommission für 2022](#) wird für das 3. Quartal 2022 eine neue **europäische Strategie für Pflege und Betreuung** angekündigt. Diese soll die unterschiedlichen Bedarfe und Bedürfnisse sowohl von Personen mit Sorgeverantwortung als auch von sorgebedürftigen Menschen, von der Kinderbetreuung bis zur Langzeitpflege, abdecken. Ziel sei es, die Geschlechtergleichstellung und die soziale Gerechtigkeit zu stärken. Vom 1. bis zum 29. März fand hierzu eine [öffentliche Konsultation](#) statt.

Die Strategie für Pflege und Betreuung verknüpft dabei zwei Vorhaben aus dem Aktionsplan zur europäischen Säule sozialer Rechte: Das erste ist die **Überarbeitung der Barcelona-Ziele**.<sup>2</sup> Das zweite Vorhaben ist die ebenfalls im Aktionsplan angekündigte **Initiative zur Langzeitpflege**, um insbesondere den Zugang zu hochwertigen Dienstleistungen für Pflegebedürftige zu verbessern. Zu beiden Vorhaben wurden ebenfalls im März 2022, zusätzlich zur Konsultation für die Strategie, voneinander getrennte Konsultationen ([Barcelona-Ziele](#) und [Langzeitpflege](#)) durchgeführt.

- Das  $\Rightarrow$  **Europäische Parlament** hat auf Anfrage des  $\Rightarrow$  **Ausschusses für die Rechte der Frauen und die Gleichstellung der Geschlechter** die Studie [Gender equality: Economic value of care from the perspective of the applicable EU funds. An exploration of an EU strategy towards valuing the care economy](#) (en) durchgeführt. Darin werden

<sup>2</sup> 2002 legte der Europäische Rat auf seiner Tagung in Barcelona fest, dass die Mitgliedstaaten Barrieren abbauen sollen, die Frauen daran hindern, einer Erwerbstätigkeit nachzugehen. Zudem sollten die Mitgliedstaaten bis 2010 Kinderbetreuungseinrichtungen für mindestens 90 Prozent der Kinder zwischen drei Jahren und dem Schulpflichtalter und für mindestens 33 Prozent der Kinder unter drei Jahren zur Verfügung stellen. Zur Überprüfung der Zielerreichung wurden zwei Berichte in den Jahren 2013 und 2018 veröffentlicht.



gleichstellungspolitische und ökonomische Aspekte von Sorgearbeit unter anderem ländervergleichend untersucht. Sorgearbeit müsse als eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe aufgefasst werden, um Geschlechterungleichheiten in der bezahlten und unbezahlten Sorgearbeit zu verringern. Die Ergebnisse der Studie sollen für die Planung einer möglichen EU-Pflegestrategie genutzt werden.

## 2.2.5 Europäisches Jahr der Jugend

Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen kündigte in ihrer [Rede zur Lage der Union 2021 \(de\)](#) an, das Jahr 2022 zum Europäischen Jahr der Jugend auszurufen. Das Europäische Parlament und der Rat nahmen auf Vorschlag der Kommission am 22. Dezember 2021 eine [gemeinsame Entscheidung \(en\)](#) für die Durchführung eines Europäischen Jahres der Jugend an. Im Rahmen der Entscheidung wurde ein operativer Mindesthaushalt von acht Millionen Euro für die Durchführung angesetzt sowie festgelegt, dass die Europäische Kommission bis Ende 2023 einen Bericht über die Ergebnisse und Gesamtbewertung des Jahres der Jugend vorlegt. Weitere Informationen und aktuelle Nachrichten: [Themenseite \(de\)](#) der Europäischen Union zum Jahr der Jugend.

- Die  $\Rightarrow$  **Europäische Kommission** hat ein neues Online-Tool gestartet, das zentraler Bestandteil des Europäischen Jahres der Jugend sein soll: Über die Audio-Plattform [Voice your vision \(de/en\)](#) können Europäer\*innen ihre Ansichten und Ideen zum Europa von morgen als Sprachnachricht aufzeichnen. Die Kommission möchte so junge Menschen an der öffentlichen Diskussion und Entscheidungsfindung teilhaben lassen.
- Am 6. Mai legte die Kommission die Ergebnisse der [Flash-Eurobarometer-Umfrage 502 zu Jugend und Demokratie im Europäischen Jahr der Jugend \(en\)](#) vor. Die Ergebnisse zeigen, dass sich junge Menschen europaweit stärker gesellschaftlich engagieren. Eine Mehrheit von 58 Prozent der jungen Menschen in den EU-Mitgliedstaaten bringt sich aktiv in die Gesellschaft ein und war in den letzten zwölf Monaten in einer oder mehreren Jugendorganisationen engagiert. Dies bedeutet eine Zunahme um 17 Prozentpunkte seit dem letzten [Eurobarometer 2019 \(en\)](#).

## 3 Europarat

- Unter dem **italienischen Vorsitz des Ministerkomitees des Europarats** fand am 12. April eine hochrangige Konferenz mit den europäischen Gleichstellungs- und Arbeitsminister\*innen in Rom statt. Diskutiert wurde, wie den Herausforderungen für eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben für Frauen begegnet werden kann, um die Gleichstellung der Geschlechter zu verbessern und geschlechtsbezogene Diskriminierung zu verhindern. Es wurden [Schlussfolgerungen](#) (en) angenommen, die die weitere Arbeit des Europarates in diesem Bereich leiten sollen.
- Am 7. und 8. April wurde im Rahmen einer [hochrangigen Konferenz in Rom](#) (en) die neue [Strategie für die Rechte der Kinder 2022–2027](#) vorgestellt. Prioritäten sind unter anderem der Klimawandel, die gesellschaftlichen Auswirkungen der Coronavirus-Pandemie sowie der Schutz von Kinderrechten in Krisen- und Notsituationen.

## 4 Aktuelle Themen

### 4.1 Kinder und Jugendliche

- **UNICEF Innocenti** hat den Bericht [Reopening with Resilience: Lessons from Remote Learning during COVID-19: Europe and Central Asia](#) (en) veröffentlicht. Der Bericht baut auf bisherigen Erkenntnissen zu Homeschooling und dem Zugang zu digitalen Formaten auf und liefert Handlungsempfehlungen, um einerseits die digitale Kluft zu verkleinern und um andererseits resiliente Bildungssysteme in Europa und Zentralasien zu etablieren.
- **UNICEF Innocenti** und die **Western Sydney University** haben den Bericht [Responsible innovation in technology for children. Digital technology, play and child well-being](#) (en) zum Wohlergehen von Kindern in Zeiten der Digitalisierung veröffentlicht. Der Bericht soll Technologieentwickler\*innen und politischen Akteuren aufzeigen, wie das Design von digitalen Produkten und Diensten sowie Gesetze zu deren Regelung das Wohlergehen von Kindern beeinflussen kann.
- **UNICEF** startete das [Adolescent Data Portal \(ADP\)](#) (en). Das Internetportal enthält zahlreiche vergleichbare Daten zu Jugendlichen auf globaler, nationaler und regionaler Ebene zu Schlüsselindikatoren wie beispielsweise Gesundheit und Ernährung, Bildung und Lernen oder Schutz und Übergang in den Beruf. Zur Verfügung gestellt werden u. a. [länderspezifische Daten](#) und [Grafiken](#).

## 4.2 Ältere Menschen & Pflege

- Vom 11. bis 14. April fand die **12. Sitzung der Offenen Arbeitsgruppe zu Fragen des Alterns** (OEWG-A) der UN in New York statt. Zivilgesellschaftliche Organisationen hatten bereits im Vorfeld eine UN-Konvention für die Rechte älterer Menschen gefordert, um Altersdiskriminierung entgegenzutreten und rechtliche Lücken im Menschenrechtssystem zum Schutz älterer Menschen zu schließen. Sie richteten diesen Appell auch im Rahmen der Sitzung an die Vertreter\*innen der Staaten ([Gemeinsame Stellungnahme der AGE Platform Europe und der Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenorganisationen \(BAGSO\)](#) (en); [weitere Informationen](#) (en) zur 12. Sitzung der OEWG-A auf der Webseite der UN).
- Im Rahmen der **Dekade des gesunden Alterns der UN** wurde auf der dazugehörigen Plattform zum Wissensaustausch ein neuer Themenhub zu [sozialer Isolation und Einsamkeit](#) (en) ergänzt. Dort können Veröffentlichungen, Events und weitere Ressourcen zum Thema geteilt werden.
- Die **Weltgesundheitsorganisation** (WHO) hat einen [Bericht](#) (en) zu einem Pilotprogramm im Bereich integrierter Pflege für ältere Menschen (ICOPE) veröffentlicht. Am 25. April fand ein [Launch Event](#) (en) zum Bericht statt. [Weitere Informationen](#) (en) zum ICOPE-Ansatz sind auf der Webseite der WHO verfügbar.
- Die **AGE Platform Europe** hat ihren Jahresbericht für 2021 unter dem Titel [Towards age equality](#) (en) veröffentlicht. Schwerpunkte liegen auf den im letzten Jahr behandelten Themen in den Bereichen der Gleichstellung und der Teilhabe älterer Menschen sowie Langzeitpflege.
- Die **Age Platform Europe** hat im April ein [Special Briefing](#) (en) zum Thema Wohnen und ältere Menschen veröffentlicht. Darin werden die Hürden älterer Menschen im Bereich Wohnen dargestellt und innovative Lösungen aus unterschiedlichen Staaten aufgezeigt.

## 4.3 Gleichstellung der Geschlechter

- **Veranstaltungshinweis:** Vom 24. bis 25. Mai findet der **Women7-Gipfel** statt. Zu erwarten sind High-Level-Podiumsdiskussionen mit Interessenvertreter\*innen aus Zivilgesellschaft und Politik. Das vorläufige Programm ist [hier](#) (en) einzusehen und eine Anmeldung ist [hier](#) möglich. Die Veranstaltungssprache ist Englisch mit deutscher Übersetzung.

## 4.4 Geschlechtsbezogene Gewalt

- Die **Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur** (UNESCO) hat zusammen mit dem **International Center for Journalists** (ICFJ) einen [Bericht](#) (en) zum Umgang der größten IT-Unternehmen mit gegen Journalistinnen gerichteter Gewalt veröffentlicht. Die IT-Unternehmen scheiterten daran, digitaler Gewalt gegen Journalistinnen effektiv zu begegnen.
- Die schwedische **Sexual Violence Research Initiative** (SVRI) hat im Januar die Veröffentlichung [Funding ethically. Better funding for violence against women and violence against children research in lower and middle-income countries](#) (en) veröffentlicht. Darin wird ein Toolkit für eine umfassendere Finanzierung von Forschung zu Gewalt gegen Frauen und Gewalt gegen Kinder bereitgestellt.

## 4.5 LGBTIQ\*<sup>3</sup>

- Der **wissenschaftliche Dienst des Europäischen Parlaments** hat eine Kurzübersicht [Russia's war on Ukraine: The situation of LGBTI people](#) (en) veröffentlicht.
- Das **Network of European LGBTIQ\* Families Associations (NELFA)** hat mit Fokus auf die Familien-Kategorie des [Rainbow Index 2021](#) (en) eine [Übersicht](#) (en) zu relevanten Entwicklungen für Regenbogenfamilien in den europäischen Staaten veröffentlicht.

## 4.6 UN Agenda 2030

- Das **Statistische Amt der Europäischen Union** (Eurostat) veröffentlichte den Bericht [Sustainable development in the European Union. Monitoring report on progress towards the SDGs in an EU context](#) (en). Die aktuelle Ausgabe des Monitoringberichts dokumentiert u. a. die Fortschritte, die die EU in Hinblick auf die Agenda 2030 und die Ziele für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals, SDGs) bisher gemacht hat und die Methodik, wie diese auf europäischer Ebene kontrolliert und beobachtet werden. Neu hinzu kam ein Kapitel über Querschnittsthemen und Spill-Over Effekte in Zusammenhang mit beispielsweise der Coronavirus-Pandemie.

---

<sup>3</sup> LGBTIQ\* ist eine Abkürzung für die Begriffe lesbisch, schwul (im Englischen „gay“), bisexuell, trans\*, inter\* und queer und damit eine Abkürzung für sexuelle Orientierungen und geschlechtliche Identitäten. Sollten in den Beiträgen die Schreibweise von LGBTIQ\* abweichen, dann wurde diese abweichende Schreibweise vom Ursprungstext übernommen und kontextabhängig verwendet.

## 5 Filmempfehlung

Am 25. April wurde die **Dokumentation** [Notes from Brussels. Three Women in Pursuit of their European Dream](#) (en) in Brüssel ausgestrahlt. Der Film der niederländischen Regisseurin Nadine van Loon begleitet drei Frauen in unterschiedlichen Lebensphasen. Was sie vereint, ist der Leistungsdruck, unter dem sie stehen und den die Karriere im Europäischen Parlament für die Protagonistinnen mit sich bringt sowie dem Bestreben, die eigenen Vorstellungen eines Europäischen Traums zu verwirklichen. Einen Überblick über kommende Filmvorführungen sowie der Trailer zum Film finden sich [hier](#) (en).

Die **Beobachtungsstelle für gesellschaftspolitische Entwicklungen in Europa** ist ein Projekt des Instituts für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e. V., welches aus Mitteln des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend gefördert wird. Sie widmet sich in ihrer Arbeit der europäisch-vergleichenden Analyse gesellschaftspolitischer Entwicklungen. Ziel des Projektes ist es, den europaweiten Austausch zu fördern.

Die Publikation gibt nicht die Auffassung der Bundesregierung wieder. Die Verantwortung für den Inhalt obliegt den Autorinnen Katrin Lange, Sarah Molter, Jasmin Ribler, Marie Wittenius.

Wenn Sie das monatliche EU-Monitoring per E-Mail erhalten möchten, schreiben Sie uns unter Angabe Ihres Namens und Ihrer Organisation an: [beobachtungsstelle@iss-ffm.de](mailto:beobachtungsstelle@iss-ffm.de)